Vollzug des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG): Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Rosenheim (AELF) gibt bekannt:

Der Vorhabensträger beantragte beim AELF die Erlaubnis zur **Rodung** von ca. 2,53 ha Wald auf dem/den Flurstück(en) Nr. 1563/0 Gmkg. Niederaudorf, Gde. Oberaudorf.

Das AELF hat das Vorhaben nach § 7 Abs. 1 Satz 2 UVPG (bei einer allgemeinen Vorprüfung) / § 7 Abs. 2 Satz 2 UVPG (bei einer standortbezogenen Vorprüfung) überschlägig geprüft und festgestellt, dass von dem Vorhaben voraussichtlich keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Dabei wurde insbesondere berücksichtigt, dass die Rodung die ökologische Empfindlichkeit keinesfalls erheblich beeinträchtigt. Der Rodungsbereich wurde durch Aussparungen im steileren Gelände so gewählt, dass die Schutzwaldkulisse insbesondere die Bodenschutz-, aber auch die Lawinenschutzfunktion erhalten bleibt. Die vorhandenen artenreichen Magerweiden werden durch die Maßnahme sogar erweitert.

Das Vorhaben bedarf daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar (§ 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG).

Rosenheim, 10.02.2025

gez. Michael Luckas, FOR